

Rede Landesvorsitzende

2. Tagung des 10. Landesparteitages

Redezeit 10 bis 12 Minuten

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

wenn ich mich im Saal umschaue, weiß ich, wie gut und wie besonders unser Wahlkampf werden wird.

Ich sehe viele Gesichter, für die ist es die erste Landtagswahl, und viele wie mich, die das schon drei vier Mal oder auch noch öfter erlebt haben.

Wir sind fast doppelt so viele im Landesverband wie noch vor zwei Jahren.

Wir werden mit einer Kraft in die Öffentlichkeit gehen, die es lange nicht mehr gegeben hat, mit viel Neugier, mit Know-how, mit Erfahrung.

Uns wird die Gemeinschaft und die Entschlossenheit tragen, die uns schon im Bundestagswahlkampf Kraft gegeben hat.

„Niemals allein, immer gemeinsam“ ist unsere Leitidee und unser Anspruch, nach innen als auch nach außen.

Über 100 Seitenwahlprogramm, über 200 Änderungsanträge und heute Abend über 30 Kandidierende sowie über zehn Tausend Haustüren schon jetzt - wir können also sehr berechtigt sagen, unser Landesverband ist bereits in Bestform.

Ich danke allen, die in den letzten Wochen und Monaten diese Arbeitsphase gestemmt haben, die sich und ihre Themen eingebracht haben und die in der Landesgeschäftsstelle die Prozesse dahinter ermöglicht haben.

Liebe Genoss:innen,

wir machen Politik anders. Und wir haben darin lange Expertise: Als politische Kraft besonders in Ostdeutschland gab es immer einen kritischen Blick, einen anderen Blick, auf bundesdeutsche Normen und vermeintliche Normalität.

Wir waren bereits in den 90er und 2000er Jahren ein Pol der Hoffnung, für alle die sich gegen Nazis organisiert haben, wir waren Schutzraum für Geflüchtete.

Wir waren und sind eine feministische und queere Kraft,

wir haben uns von Beginn an unhintergehbare Regeln gegeben zur gerechten Verteilung von Machtpositionen und Ressourcen in Partei und Fraktion.

Wir waren Teil und parlamentarische Stimme der großen Sozialproteste gegen Hartz IV,

die vor über 20 Jahren wie ein Lauffeuer von Magdeburg ausgehend, auf den gesamten Osten übersprangen.

Die Leute haben für ihre Würde, ihre Chancen und ihre Existenzsicherung gestritten.

Die Arbeitslosen, die Arbeiter und Angestellten und wir waren vorausschauender als die Politiker am Drücker.

Wir haben besser als die Regierenden in Bund und Land verstanden, **wie sehr ein beschädigter Sozialstaat das ganze Land verändern wird.**

Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus und des Sozialabbaus ist Politik nicht nur in Deutschland in der einer tiefen Vertrauens-Krise, sondern in ganz Europa und weltweit.

**Wir sind auch jetzt in Sachsen-Anhalt der Pol der Hoffnung.**

Wir sind in diesem Wahlkampf die **klare soziale und antifaschistische Kraft.**

Wir sind diejenigen, die den Sozialstaat verteidigen.

Wir sind diejenigen, die sich gegen die Nazis stellen.

Wir machen Politik für jede Familie, wir wollen ein Land, in dem jeder **ohne Angst verschieden sein kann.**

Unser Markenkern ist soziale Gerechtigkeit.

Die politische Krise ist Ergebnis eines gigantischen Verschiebens des gesellschaftlichen Reichtums.

**Wir holen ihn zurück.**

Zusammen mit allen, die ihn erarbeiten und durch unbezahlte Arbeit und Pflege zuhause ermöglichen.

**Wir holen ihn zurück - um öffentliche Güter zu finanzieren, um** Gemein Sinn und Gemeinwohl zu stärken und Zusammenhalt erlebbar zu machen.

Dieser Markenkern bedeutet im Landtag, Kommunen auskömmlich zu finanzieren,

Bus und Bahnverkehr zu fördern,

zu verhindern, dass Kultur und Kinderbetreuung zusammengestrichen werden.

Wir kämpfen für funktionierenden Unterricht,

für den Erhalt der Schul- und Klinikstandorte auch jenseits der größten Städte.

30 Jahre lang haben CDU und SPD der Wirtschaft ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht.

Allerdings der Wirtschaft mit Hauptsitzen in Westdeutschland, in Europa oder Übersee.

Die Niedrig-Lohnpolitik in Ostdeutschland wird die Wohlstandslücke auf Generationen fortschreiben.

Milliarden sind nach der Zerschlagung der ostdeutschen Betriebe in die Ersatzbauten, die verlängerten Werkbänke im Osten geflossen.

Jetzt erleben wir, dass auch das auf Sand gebaut ist.

Irgendwo auf der Welt wird immer billiger produziert, lässt sich immer noch mehr Profit für die Aktionäre erzielen.

Der us-amerikanische Chemiekonzern DOW schließt die grundständige Produktion im Chemiedreieck,

und nicht nur das, die Anlage will er mit abreißen, damit kein Konkurrent mehr dort ansiedeln kann.

Das belgische Unternehmen Domo schließt seine Produktion, auch die hatten eigentlich vor, ihre Produktionsanlage mit zu verschrotten.

Das Land hält jetzt den Betrieb mit über 70 Millionen Euro bis April aufrecht, damit es nicht zu technischen Schäden kommt und ein Weiterverkauf möglich ist.

Liebe Genossinnen,

und dann, vor diesem Hintergrund, heißt es über die Linke, unsere Vorschläge zur Überführung von Schlüsselindustrien seien zu radikal und irrwitzig.

Wir hätten angeblich kein Verständnis für den Markt, unsere Forderungen nach öffentlichen Eingriffen seien unverantwortlich?

Liebe Genossinnen,

Es ist doch ganz genau andersrum:

Der Markt ist die unverantwortlichste und radikalste Kraft, nicht diejenigen, die ihn regulieren wollen und für Gemeinwohl und öffentliche Güter stehen.

Und auch Staatliche Eingriffe sind den Konzernen und Unternehmen sehr recht,

solange es allerdings um Lohndumping und weniger Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter geht.

Die SPD im Bund betreibt eine Mietenpolitik,

die Arbeiterinnen, Alleinerziehenden und Migranten vorschreibt, wo sie wohnen.

Die Durchschnittsverdiener und Arme in die Randlagen und schlechteren Quartieren drängt.

Die Union und die SPD in Berlin und Magdeburg erzählen pausenlos über angeblichen Missbrauch durch Bürgergeldempfänger.

Dabei ist der doch eigentliche Skandal,  
dass lieber aus Steuern finanziertes Wohngeld an Vermieter und  
Wohnungskonzerne weitergereicht wird, anstatt die Mieten zu  
deckeln.

Nein, wir können da sehr selbstbewusst sein:

Die Linke macht die richtigen Vorschläge in diesen unsicheren,  
sehr schwierigen Zeiten.

Und auch in Sachsen-Anhalt geht es darum, Hoffnung, Mut und  
soziale Sicherheit zu vermitteln.

Viele Menschen sorgen sich, wie sie ihren Lebensalltag bezahlen  
sollen.

Für viele lässt der Blick aufs Konto die Sorgenfalten tiefer  
werden.

Seit Jahren steigen die Preise an der Supermarktkasse,  
bei Heizung, Strom und Miete – doch die Löhne in Sachsen-  
Anhalt liegen weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt,  
viele im Osten bekommen nur kleine Renten.

Große Vermögen, Unternehmenszentralen und Immobilienwerte  
befinden sich überwiegend in westdeutscher Hand.

Was hier erwirtschaftet wird, fließt oft woandershin ab.

An den Haustüren und den Sozial- und Mietsprechstunden erzählen uns die Menschen, dass sie sich immer häufiger entscheiden müssen zwischen einer warmen Wohnung oder einem ordentlich ausgewogenen Essen.

Und nun kommt der nächste Preisschock.

Die Benzinpreise an den Tankstellen sind innerhalb einer Woche um mehr als 20 Prozent gestiegen und ein Ende ist nicht in Sicht.

Deshalb tritt Die Linke entschieden gegen Preisexplosionen und Konzerngewinne auf Kosten der Allgemeinheit ein.

Wenn große Unternehmen Preise für Energie, Lebensmittel oder Wohnen stärker erhöhen als ihre tatsächlichen Kosten, dann braucht es staatliche Eingriffe.

Wir fordern eine

### **Übergewinnsteuer**

für alle Öl-, Gas- und Mineralölkonzerne

und einen **EU-weiten Ölpreisdeckel**.

Die Übergewinne müssen konsequent abgeschöpft und eingesetzt werden, um die Preise an der Zapfsäule und beim Heizen spürbar zu senken.

**Ein solcher Preisdeckel schützt Verbraucherinnen und Verbraucher** sowie die Wirtschaft vor abrupten Preisschocks.

Auch Mobilität ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

In vielen Regionen Ostdeutschlands sind Bus und Bahn keine Option, sondern die einzige Möglichkeit, zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt zu kommen.

Steigende Ticketpreise treffen deshalb besonders hart.

**Die Linke fordert die Rückkehr zum 9-Euro-Deutschlandticket.**

**Gemeinsinn bedeutet für uns auch, zu stärken, was alle brauchen.**

Die Städte und Dörfer von Arendsee bis Zeitz sind dabei das Herzstück unseres Landes.

Doch wir alle wissen, wie es um die Finanzen der Kommunen steht, viele von ihnen sind finanziell am Limit. Wie fatal!

Vor nur wenigen Wochen formierte sich in Halle ein gewaltiger Protest.

Die Stadt Halle hat ein Finanzloch und deshalb noch keinen verabschiedeten Haushalt und befindet sich in der vorläufigen Haushaltsführung.

Viele freie Träger mussten so in Vorleistung gehen, was aber ihre Möglichkeiten übersteigt.

Als der Blaue Elefant und die Grüne Villa mit einer Schließung ab März drohten, gingen hunderte Menschen in Halle auf die Straße. Zurecht!

Der blaue Elefant ist kein Kuscheltier,

sondern eine Einrichtung des Kinderschutzbunds und der Kinder- und Jugendhilfe.

Solche Einrichtungen wie der Blaue Elefant sind keine Nice-to-Haves,

sondern Stützen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und müssen zwingend ausfinanziert werden.

**Die Kommunen müssen zwingend ausfinanziert werden.**

Wenn Kommunen kaputtgespart werden, dann spüren das die Menschen direkt in ihrem Alltag.

Städte und Gemeinden brauchen genügend Mittel,

um das Leben vor Ort lebenswert zu machen.

Egal ob Stadt oder Land, jung oder alt, Einheimische oder Zugezogene:

**Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.**

Die wahren Probleme heißen steigende Preise,

unsichere Arbeit

und kaputtgesparte öffentliche Infrastruktur,

nicht die Menschen neben uns.

Andere Parteien sparen bei den Vielen und schützen die Profite  
Weniger.

Sie wollen: länger arbeiten für weniger Geld, den 8-Stunden-Tag  
aufweichen, bei Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung  
kürzen.

Sicherheit heißt: keine Existenzangst,

gute Bildung,

erreichbare Ärzte,

verlässliche Busse und Bahnen,

würdige Pflege.

Deshalb investieren wir gezielt in:

Bildung und gut ausgestattete, offene Schulen und Kitas,  
Perspektiven für alle Kinder,

unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Gesundheit und Pflege: flächendeckende Versorgung,

gute Arbeitsbedingungen und genügend Personal.

Öffentlichen Nahverkehr: zuverlässig, bezahlbar und barrierefrei  
– auch im ländlichen Raum.

Wir sagen ganz klar: Soziale Sicherheit ist kein Kostenfaktor,  
sondern die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft.

Lasst uns dafür kämpfen – entschlossen, solidarisch,  
antifaschistisch.

Lasst uns der Pol der Hoffnung sein!

Niemals allein, immer gemeinsam.